



**„Politischer Einfluss durch Kommunikation –
Das Bundespräsidialamt als Think Tank?“**

Berlin, 18.04.2005



Statements:

Politischer Einfluss durch Kommunikation – Das Bundespräsidialamt als Think Tank?

- Differenzierte Sicht von Parteipolitik und Politik im Interesse der Bürger etablieren und zwischen Politikberatung der Öffentlichkeit über bestmögliche Politikoptionen und Beratung von Politikern unterscheiden.
- Agenda-Setting betreiben und die Diskussion zu „schlafenden“ Themen in der Öffentlichkeit anstoßen, die im kurzfristigen parteipolitischen Alltagsgeschäft nur eine geringe Rolle spielen.
- Potenziale in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit nutzen, indem bei der Pressearbeit auch die Erfahrungen und Hintergründe der Journalisten berücksichtigt werden.
- Bei der Neuausrichtung von Institutionen stark verfestigte Verhaltens- und Denkmuster beachten, die innerhalb der Institution reproduziert werden.

Politischer Einfluss durch Kommunikation – Das Bundespräsidialamt als Think Tank?

Verfassungsgemäß verfügt der Bundespräsident über einen relativ geringen direkten Einfluss auf die Gestaltung der Politik in Deutschland. Dennoch hat er die Möglichkeit, durch seine Reden und Ansprachen die Öffentlichkeit und die Verantwortlichen in Regierung, Parteien und Verbänden auf bestimmte politische Themen und Missstände zu lenken und somit Agenda-Setting zu betreiben. Wie aber verhält sich das Bundespräsidialamt gegenüber der Gesellschaft und vor allem gegenüber den anderen politischen Institutionen? Weist es, dem Gemeinwohl verpflichtet, auf Staatsziele hin, denen die Politik der Bundesregierung nicht gerecht wird? Nutzt es seine Einflussmöglichkeiten effektiv? Ist es gar eine Art unabhängiger Think Tank im politischen Raum?

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland und ist neben den anderen Verfassungsorganen Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht das einzige Verfassungsorgan, welches aus nur einer Person besteht. Diese Besonderheit hat zur Folge, dass die Persönlichkeit des einzelnen Amtsinhabers ganz entscheidend den Stil der Amtsführung prägt – oder prägen könnte.

Die Funktionen des Bundespräsidenten sind die Repräsentationsfunktion nach innen und nach außen, die Integrationsfunktion und die rechts- und verfassungswahrende Kontrollfunktion. Die Aufgaben und Befugnisse des Bundespräsidenten ergeben sich einerseits aus den entsprechenden Textpassagen des Grundgesetzes, andererseits haben sie sich durch die Staatspraxis seit Bestehen der Bundesrepublik als informelle Normen herausgebildet. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten wird der Stil der Amtsführung somit nicht nur von der Persönlichkeit des Bundespräsidenten geprägt, sondern im besonderen Maße auch durch die Institution des Amtes. „Das wurde schon immer so gemacht!“ kann so leicht zur Begründung des Handelns werden.

Eine informelle Norm, die sich mit der Zeit entwickelt hat und sich nicht direkt aus dem Grundgesetz ergibt, besteht in der Zurückhaltung des Bundespräsidenten, sich nicht zu tagespolitischen Themen zu äußern. Diese Norm wird mit dem Gebot der parteipolitischen Neutralität des Bundespräsidenten begründet. Diese Begründung ist eng verbunden mit der Vorstellung, dass es keine Politikoptionen im Interesse der Bürger fernab der aktuellen

Programme der Parteien, sei es die Regierung, sei es die Opposition, gibt. Richtet sich hingegen die Tagespolitik nicht am Wohlergehen der Bevölkerung aus, so gibt es gute Gründe für den Bundespräsidenten, dies mit aller gebotenen parteipolitischen Neutralität auch deutlich anzumahnen und somit auch die öffentliche Debatte zu wichtigen Themen anzuregen. Es geht hier also nicht um ein Votum des Bundespräsidenten für die Politik der einen oder anderen Partei, sondern um ein Votum des Bundespräsidenten für eine Politik zum Wohle der Bürger. Denn dem Wohle der Bürger ist der Bundespräsident im ganz ausdrücklichem Maße verpflichtet. So leistet er bei Amtsantritt folgenden Eid:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde.“

In diesem Zusammenhang könnte eine direkte Wahl des Bundespräsidenten Aufgabe und Amt mehr Legitimation und somit auch mehr Freiraum für eine gelegentlich kritische Haltung gegenüber dem tagespolitischen Geschehen bieten. Das jüngst gerade in der Parteienlandschaft gegenüber dem aktuellen Bundespräsidenten Köhler und seiner Amtsführung die Sorge geäußert wird, er leiste sich zu viele Eingriffe in die Tagespolitik und gefährde die Würde des Amtes und anderer demokratischer Institutionen, ist unbegründet und sagt vielleicht mehr über die Bedenkenträger innerhalb der Parteien aus, als über den Bundespräsidenten selbst.

Würde der Bundespräsident in der beschriebenen Art und Weise in der Öffentlichkeit wirken, so käme dem Bundespräsidialamt, welches den Bundespräsidenten bei der Wahrung seiner Aufgaben unterstützt und in Fragen seiner Amtsführung berät, in gewisser Weise die Funktion eines Think Tanks im Interesse der Bürger zu. Mag der eine oder andere Bundespräsident in der Geschichte der Bundesrepublik vor Amtsantritt genau diese Idee eines Think Tanks im Interesse der Bürger vor Augen gehabt haben, so erweisen sich oft stark verfestigte Verhaltens- und Denkmuster, die innerhalb einer Institution reproduziert werden, als faktisch unüberwindbar.

Der Repräsentationsfunktion kommt der Bundespräsident in erster Linie durch sein öffentliches Auftreten im In- und Ausland wie auch durch seine Reden und Ansprachen nach. Bei der Schwerpunktsetzung seiner Arbeit gegenüber der Öffentlichkeit spielt die Arbeit mit vielfältigen Teilöffentlichkeiten eine entscheidende Rolle. Die Öffentlichkeit als Ganzes wird dabei eher selten anvisiert. Dementsprechend verfährt der Bundespräsident bei seinen öffentlichen Auftritten adressatenorientiert. Hier sind es weniger die großen Reden als vielmehr die kleinen Gesten, Ausstellungsbesuche und persönlichen Kontakte zu Vereinen, Initiativen und Bürgern, die ihre Wirkung entfalten. Es sind gerade diese öffentlichen Auftritte, die den unverwechselbaren Stil eines Bundespräsidenten sichtbar werden lassen.

Ist die Kommunikation des Bundespräsidenten mit den Teilöffentlichkeiten vornehmlich durch persönliche Kontakte geprägt, spielt die veröffentlichte Meinung eine weitere wichtige Rolle bei der Wahrung seiner Aufgaben. Wie die Handlungen und Gesten des Bundespräsidenten in ein Gesamtbild gefügt werden, hängt es nicht selten vom Standpunkt des Journalisten ab. Bemerkenswerterweise wurde Bundespräsident Köhler von der deutschen Presse von Anfang an mit dem Image eines einseitigen Ökonomen versehen. Anders als die französische und britische Presse, die die umfassenden Leistungen Köhlers als international ausgewiesene Persönlichkeit des politischen Parketts – nicht zuletzt als Präsident des Internationalen Währungsfonds – ausgiebig lobend wie kritisch würdigte, beschränkte sich die deutsche Presse auf das Kolportieren von eindimensionalen Klischees.

An der Causa Köhler zeichnet sich ab, dass die bundesrepublikanische Presselandschaft sich oft einer einseitigen und reduzierten Sichtweise bedient oder schlicht mit der Aufgabe überfordert ist, ihrem Publikum die Zusammenhänge der ökonomischen, politischen und kulturellen Europäisierung und Globalisierung nahe zu bringen. Dies mag zum Teil darin begründet sein, dass die meisten Journalisten über wenig Auslandserfahrung und damit über eine nur geringe Distanz zum politischen Geschehen verfügen. Köhler dagegen zeichnet sich durch seinen sechsjährigen Auslandsaufenthalt zuerst in London und dann in Washington durch ein unvoreingenommenes Herangehen gegenüber gesellschaftlichen und politischen Konstellationen in Deutschland aus. Die eindimensionale Darstellung des Bundespräsidenten in der Öffentlichkeit zeigt aber auch, dass die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Bundespräsidialamtes sicher noch ein erhebliches Potenzial in sich birgt (siehe hierzu die Hayek-Statements vom 05.04.2004).

Begreifen Bundespräsident und Bundespräsidialamt ihre gemeinsame Rolle als Think Tank im Interesse der Bürger, so können sie natürlich auch „schlafenden“ Themen, wie die demographische Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, auf die Agenda setzen und so die Diskussion in der Öffentlichkeit zu Themen anstoßen, die im kurzfristigen politischen Alltagsgeschäft nur eine geringe Rolle spielen. Der Bundespräsident könnte somit die Öffentlichkeit über verschiedene Politikoptionen informieren und die Tagespolitik gelegentlich auch kritisch betrachten. Auch wenn der Bundespräsident sicherlich nie völlig unabhängig von persönlichen politischen Präferenzen agiert, so kann er doch seine besondere Stellung nutzen, ein hoch angesehenes politisches Mandat mit großer Sichtbarkeit und Symbolkraft inne zu haben, ohne den Makel anderer Politiker zu tragen, kurzfristige parteipolitische Wiederwahlinteressen befriedigen zu wollen. Der Amtsinhaber und sein Mitarbeiterstab würden so eine besondere Form eines politischen Think Tanks bilden. Dies setzt allerdings voraus, dass sich dort eine differenzierte Sichtweise von Politik und Politikberatung durchsetzt. Hierzu muss der Unterschied von Parteipolitik einerseits und Politik im Interesse der Bürger andererseits deutlich werden, dass Politikberatung der Öffentlichkeit über bestmögliche Politikoptionen informiert, während Politikerberatung bei Parteien oder Regierungen der Maximierung von Wiederwahlchancen dient (siehe hierzu Hayek-Statements vom 29.11.2004).

Berlin, 18. April 2005